

Niederschrift

über die 3. Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung
am Dienstag, **22.02.2005**, 17:00 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Frau Elfriede Dalla Riva-Hanning ; Frau Eleonore Heyne ; Herr Josef Messing ; Herr Florian Steinforth ; Frau Helga Welker ; Frau Simone Wendland ;

von der SPD-Fraktion

Frau Elke Leiendecker ; Herr Kurt Pölling ; Frau Yeliz Tolan ;

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Herr Heribert Klas ; Frau Dr. Rita Stein-Redent ;

von der FDP-Fraktion

Herr Hans Varnhagen ;

von der Fraktion UWG-MS/ödp

Herr Fritz Pfau ;

von der Verwaltung

Frau Martina Arndts-Haupt ; Herr Thomas Braun zu TOP 2; Frau Rita Feldmann zu TOP 2;
Herr Erwin Goerke ; Herr Winfried Hagel ; Herr Dr. Wolf Heinrichs ; Frau Michaela Heuer ;
Frau Christiane Köhling ; Herr Steffen Maser ; Herr Klaus Schönbrunn ;

für die Schriftführung

Frau Andrea Gottlob ;

Es fehlten

Herr Stefan Weber ;

Tagesordnung:

- | | |
|--------------------------|--|
| <u>V/0066/2005</u>
IV | 1. Eingänge und Mitteilungen

2. Beratung des Stellenplanes der Städtischen Bühnen für die Spielzeit 2005/2006

3. Beratung des Stellenplanes der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2005

4. Beratung des Haushaltsplanes 2005, des Finanzplanes und des Investitionsprogramms 2004 - 2008 gemäß Beratungsplan

5. Verschiedenes |
|--------------------------|--|

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Herr Dr. Heinrichs gab einen kurzen Überblick über den neuen Tarifvertrag. Der „Tarifvertrag öffentlicher Dienst“ gelte bis Ende 2007. Ab 01.02.05 gelte eine sogenannte Lohntarifvereinbarung, die keine lineare Erhöhung zulasse, jedoch eine Einmalzahlung beinhalte. Diese Einmalzahlung in Höhe von 300 € ergebe eine Gesamtbelastung von jeweils 800.000 € für die Stadt Münster sowie jeweils 200.000 € für die städtischen Eigenbetriebe. Zum 01.10.05 würden die Arbeitnehmer/innen in die neuen Entgeltgruppen überführt.

Sobald nähere Informationen zur Ausgestaltung des neuen Tarifvertrages vorliegen, werde Herr Dr. Heinrichs im Ausschuss berichten. Zurzeit würden keine Veränderungen an den Personalkostenansätzen 2005 vorgenommen, da eine genaue Berechnung noch nicht möglich sei. Es sei jedoch davon auszugehen, dass es noch zu Änderungen kommen werde, voraussichtlich über den Nachtragshaushalt 2005.

Darüber hinaus berichtete Herr Dr. Heinrichs über die durch den neuen Tarifvertrag eröffnete Möglichkeit der Änderung der wöchentlichen Arbeitszeit, wobei die Arbeitgeberverbände dies zunächst noch mit Ver.di verhandeln müssten.

Eine weitere Änderung sei der Wegfall des Urlaubsgeldes und der Zuwendung ab 2007. Diese würden überführt in eine einheitliche sogenannte „Jahressonderzahlung“, wobei hier eine Absenkung in verschiedenen Stufen vorgesehen sei. Genauer dazu werde Herr Dr. Heinrichs dazu noch berichten.

Herr Goerke ergänzte die Ausführungen.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung **V/0066/2005**

Beratung des Stellenplanes der Städtischen Bühnen für die Spielzeit 2005/2006

Herr Pölling erläuterte kurz, warum die SPD der Vorlage nicht zustimmen werde. Anschließend beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen (SPD), dem Rat die Annahme des Stellenplans zum Bühnenbewirtschaftungsplan

für das Spieljahr 2005/2006 in der Fassung der Verwaltungsvorlage zu empfehlen.

Der Stellenplan zum Bühnenbewirtschaftungsplan ist dem Original dieser Niederschrift beigefügt.

Punkt 3 der Tagesordnung

Beratung des Stellenplanes der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2005

Dem Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung lagen zur Beratung vor:

- Verwaltungsentwurf zum Stellenplan 2005
- 1. Nachtrag zum Stellenplan-Entwurf 2005
- Antrag der SPD-Fraktion, Stellenhebungen auch bei den Beamten/Beamtinnen ab Besoldungsgruppe A 11 (zu A 12) aufwärts weiter vorzunehmen
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen/GAL auf Einrichtung von 3 ErzieherInnenstellen für Grundschulen

Die Unterlagen sind dem Original dieser Niederschrift beigefügt.

Die Beratung der zum Stellenplan 2005 vorgeschlagenen Stellenveränderungen brachte folgende Ergebnisse:

3.1 Stelleneinsparungen

3.1.1 Verwaltungsentwurf

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den im Verwaltungsentwurf (S. 29 - 31) vorgeschlagenen Stelleneinsparungen einverstanden.

3.2 Stellenvermehrungen

3.2.1 Bereits vom Rat beschlossene Stellenvermehrungen

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung nahm zustimmend die bereits durch Ratsbeschlüsse erfolgten Stellenvermehrungen zur Kenntnis und erklärte sich einstimmig mit den im Verwaltungsentwurf (S. 35) aufgeführten Stellenvermehrungen einverstanden. Er nahm zur Kenntnis, dass die für die Kindertageseinrichtung Albachten West genannten Stellenvermehrungen nicht realisiert werden, da die Trägerschaft für diese Einrichtung zwischenzeitlich an einen Freien Träger vergeben worden ist (Ratsvorlage V/0912/2004).

3.2.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL auf Einrichtung von 3 ErzieherInnenstellen für Grundschulen

Herr Klas begründete den Antrag für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL. Nach kurzer Diskussion wurde der Antrag vom Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung mehrheitlich (CDU/FDP) abgelehnt.

3.3 Stellenveränderungen durch Zugang aus den Wirtschaftsplänen bzw. Übergang in die Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den im Verwaltungsentwurf (S. 39) vorgeschlagenen Stellenveränderungen durch Zugang aus den Wirtschaftsplänen bzw. Übergang in die Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen einverstanden.

3.4 Stellenwertveränderungen / Stellenverlagerungen aufgrund von Organisationsmaßnahmen und/oder Personalumsetzungen

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den im Verwaltungsentwurf (S. 43) sowie die über den 1. Nachtrag (Ziffer 1) vorgeschlagenen Stellenwertveränderungen / Stellenverlagerungen aufgrund von Organisationsmaßnahmen einverstanden.

3.5 Stellenhebungen

3.5.1 Antrag der SPD-Fraktion zu Stellenhebungen

Herr Pölling begründete ausführlich den Antrag der SPD-Fraktion, im Haushaltsjahr 2005 Stellenhebungen auch bei den Beamten/Beamtinnen ab Besoldungsgruppe A 11 (zu A 12) aufwärts weiter vorzunehmen. Herr Klas und Herr Pfau unterstützten ausdrücklich den Antrag. Es ergab sich eine intensive Diskussion.

Zu der Frage, ob es bei einer strikten Nichtbeförderung über den Zeitraum von 2 Jahren einen „auflaufenden Beförderungsstau“ geben könnte, sagte Herr Dr. Heinrichs zu, das Thema im Rahmen einer analytischen Vorausbetrachtung zur weiteren Beratung aufzuarbeiten.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde mit 7 Gegenstimmen (CDU, FDP) bei 5 Fürstimmen abgelehnt.

3.5.2 1. Nachtrag

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den im 1. Nachtrag (Ziffer 2) vorgesehenen Stellenhebungen einverstanden.

3.6 Anpassung des Stellen-Solls an die Ist-Einstufung nach Organisationsmaßnahme und/oder Personalumsetzung (technische Stellenhebung)

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den im Verwaltungsentwurf (S. 51 – 52) sowie den im 1. Nachtrag (Ziffer 3) vorgeschlagenen technischen Stellenhebungen einverstanden. Er nahm gleichzeitig zur Kenntnis, dass die unter Ziffer 3 im Verwaltungsentwurf auf Seite 51 aufgeführte technische Stellenhebung nicht realisiert wird.

3.7 Stellenumwandlungen

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den im Verwaltungsentwurf (S. 55 - 59) sowie den im 1. Nachtrag (Ziffer 4) vorgesehenen Stellenumwandlungen einverstanden.

3.8 Haushaltsmäßige Verlagerungen

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den im Verwaltungsentwurf (S. 63) sowie den im 1. Nachtrag (Ziffer 5) vorgesehenen haushaltsmäßigen Verlagerungen einverstanden.

3.9 Stellenabwertungen

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den im Verwaltungsentwurf (S. 67 - 71) vorgesehenen Stellenabwertungen einverstanden.

3.10 Zeitlich befristete Projekte – ohne Einrichtung von Stellen

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den im Verwaltungsentwurf (S. 75) aufgeführten zeitlich befristeten Projekten – ohne Einrichtung von Stellen einverstanden.

3.11 Bei der abschließenden Gesamtabstimmung beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung mit 9 Fürstimmen (CDU/FDP/Bündnis90/Die Grünen/GAL) bei 3 Gegenstimmen (SPD), dem Rat die Annahme des Stellenplanes der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2005 in der Fassung des Verwaltungsentwurfs unter Berücksichtigung der in dieser Sitzung beschlossenen Veränderungen zu empfehlen.

Punkt 4 der Tagesordnung	Beratung des Haushaltsplanes 2005, des Finanzplanes und des Investitionsprogramms 2004 - 2008 gemäß Beratungsplan
---------------------------------	--

Dem Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung lagen zur Beratung folgende Unterlagen vor:

- Beratungsplan mit den in die Beratungszuständigkeit des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung fallenden Positionen des Haushaltsplanentwurfs
- Listen der Veränderungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2005 vom 08. und 16.02.05
- Haushaltsplanentwurf 2005 – doppischer Teil mit den dazu gehörenden Veränderungsblättern vom 08. und 16.02.05
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen/GAL zu verschiedenen Sachkostenhaushaltsstellen

Die Unterlagen sind dem Original dieser Niederschrift beigelegt.

Die anschließende Beratung erbrachte folgende Ergebnisse:

4.1 Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen/GAL zu verschiedenen Sachkostenhaushaltsstellen

Herr Klas begründete im Einzelnen die Anträge.

- Zur Haushaltsstelle des Personal- und Organisationsamtes: 0200.562.10000.8 – Aus- und Fortbildung:
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung lehnte den Antrag mehrheitlich mit 10 Gegenstimmen bei 2 Fürstimmen ab
- Zu den Haushaltsstellen des Rechtsamtes: 0230.642.0006 – Umlagebeitrag zum KSA für Dienstkrankversicherungen und 0230.166.0000.5 – Erstattung von Verwaltungskosten durch die Stiftungen:
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung lehnte den Antrag mehrheitlich mit 10 Gegenstimmen bei 2 Fürstimmen ab
- Zur Haushaltsstelle des Ordnungsamtes: 1103.260.0100.3 – OWI-Verfahren fließender Verkehr:
Nach intensiver Diskussion nahm Herr Klas den Antrag zurück, um ihn im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften erneut aufzugreifen
- Zur Haushaltsstelle des Amtes für Bürgerangelegenheiten: 8410.141.1000.7 – Entgelte für Saalvermietung:
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung lehnte den Antrag mehrheitlich mit 10 Gegenstimmen bei 2 Fürstimmen ab

4.2 Listen der Veränderungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2005 vom 08. sowie 16.02.05

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, die mit den Veränderungslisten vorgeschlagenen Veränderungen anzunehmen.

4.3 Haushaltsplan-Entwurf 2005 – doppischer Teil mit den dazu gehörenden Veränderungsblättern vom 08. und 16.02.05

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, die in seiner Beratungszuständigkeit liegenden Positionen des Haushaltsplan-Entwurfs 2005 – doppischer Teil mit den dazu gehörenden Veränderungsblättern anzunehmen.

4.4 Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss anschließend mehrheitlich mit 10 Fürstimmen bei 2 Gegenstimmen, den Haushaltsansätzen bei den in der Anlage zu diesem TOP aufgeführten Unterabschnitten/Haushaltsstellen einschließlich der mit den Veränderungslisten vom 08. und 16.02.05 vorgeschlagenen Ergänzungen unter Berücksichtigung der kostenwirksamen Änderungsempfehlungen zum Stellenplan 2005 und zum Haushaltsplan 2005 zuzustimmen.

Die unter Punkt 4.4 genannte Anlage mit den in die Beratungszuständigkeit des Ausschusses fallenden Positionen ist - wie oben bereits erwähnt - dem Original dieser Niederschrift beigelegt.

Punkt 5 der Tagesordnung**Verschiedenes**

Herr Goerke teilte mit, dass zu den von der Koalition gewünschten „besonderen Personalkostenbereichen“

- Kindertagesbetreuung,
- pädagogische Angebote an Schulen,
- abwehrender Brandschutz und
- aktiver Rettungsdienst

ein erstes Gespräch mit dem Amt für Finanzen und Beteiligungen über die haushaltsrechtlichen und –technischen Möglichkeiten stattgefunden habe. Diese Bereiche unterlägen nicht dem „Halbteilungsmodell“, dass bedeute, hier müsse nicht die Hälfte der linearen Personalkostenerhöhung durch Einsparungen finanziert werden. Sie würden - soweit dies bisher noch nicht der Fall sei - zukünftig in eigenen Unterabschnitten ausgewiesen. Über eine gesonderte Ausweisung im Eckwertepapier werde noch entschieden. Im Hinblick auf den aktuellen Stand der Haushaltsplanberatungen könnten Änderungen erst zum Nachtragshaushalt 2005 erfolgen.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung nahm dies zur Kenntnis. Es folgten keine weiteren Wortmeldungen.

Ende der Sitzung: 18.30 Uhr

Gez.
Helga Welker
Vorsitz

Gez.
Andrea Gottlob
Schriftführung